

## TEUERUNG – FORDERUNGEN UND MASSNAHMEN

Die Inflation trifft alle in der Gesellschaft – jedoch nicht alle gleich.

*"Ich bin nicht eine, die schnell mal so einen Antrag stellt und um Hilfe bittet. Ich habe viel alleine geschafft, aber irgendwann geht es dann nicht mehr. Es sind ja nicht nur die monatlichen Fixkosten, nein, die Kinder brauchen ja immer was, wie Kleidung oder Schule, weil sie wachsen, oder in der Schule zahlen müssen... und durch die Erhöhungen muss man eh jeden Cent zweimal umdrehen. Aber irgendwann geht es nicht mehr."*

Mit diesen Worten wendet sich eine alleinerziehende Mutter von drei Kindern an die Volkshilfe. Nachrichten wie diese erreichen die sozialen Organisationen tagtäglich, und sind seit dem Beginn der Teuerung deutlich häufiger geworden. Immer mehr Menschen wenden sich verzweifelt an die Volkshilfe, weil sich ihre Lage immer weiter verschärft. Grundbedürfnisse wie der Kauf von Lebensmitteln oder die Verwendung von Energie können immer schwieriger oder teilweise gar nicht mehr gedeckt werden. Die Situation armutsbetroffener Familien war bereits vor der Corona-Pandemie und der aktuellen Rekord-Inflation prekär. Jetzt, wo das tägliche Leben immer teurer wird, steigt die Existenznot rapide an.

*„Die Kinder müssen jetzt auf noch mehr verzichten,“* erzählt eine Familie mit drei Kindern aus Linz. Die Eltern arbeiten beide mit geringem Einkommen in einer Reinigungsfirma, die monatlichen Fixkosten (Miete, Strom, Heizung, etc.) umfassen fast das gesamte Einkommen der Eltern, wodurch kaum finanzielle Mittel für den täglichen Bedarf vorhanden sind. Die finanzielle Lage ist prekär. Da sie auch die Wohnung wechseln mussten, sind nun auch die Miete und Energie gestiegen. Dass nun alles, auch Nahrungsmittel teuer sind, ist eine zusätzliche Herausforderung.

Die Inflationsrate für Juni 2022 liegt laut Statistik Austria bei 8,7 Prozent. Die hohen Preise für Treibstoffe und Haushaltsenergie sind nach wie vor die Hauptursachen für die Teuerung, doch auch Lebensmittelpreise haben wieder stark angezogen. Die Preise für die täglichen und wöchentlichen Einkäufe haben sich erneut stärker verteuert. Das Preisniveau des Mikrowarenkorbs, der überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Tageszeitungen und den Kaffee im Kaffeehaus enthält und den täglichen Einkauf widerspiegelt, stieg im Jahresvergleich um 7,7 Prozent. Der Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf: Nahrungsmittel, Dienstleistungen,

Treibstoffe) verteuerte sich im Jahresabstand sogar um 14,4 Prozent<sup>1</sup>. Vor allem für Menschen mit geringen Einkommen ist der Miniwarenkorb relevant, da sie sich Konsumausgaben, die darüber hinaus gehen, ohnehin nicht leisten können. Das macht klar: für Armutsbetroffene und Menschen mit geringen Haushaltseinkommen ist die Inflationsrate noch höher, als die allgemeine Inflationsrate von 8,7%. Vor allem günstige Drogeriewaren, Lebens- und Reinigungsmittel kosten im Jahresvergleich spürbar mehr, wie der AK-Preismonitor für die Monate März-April zeigt<sup>2</sup>.

In den vergangenen Monaten stieg das Preisniveau kontinuierlich an. Eine Entwicklung, die sich laut Expert\*innen der Wirtschaftsforschungsinstitute fortsetzen wird. Um einen dramatischen Anstieg der Armut in Österreich zu verhindern, braucht es daher umfassende Maßnahmen, um Menschen aus der Existenznot zu holen und sozial besser abzusichern.

## Teuerungspaket enthält zu wenig nachhaltige Hilfe für besonders Betroffene

Angesichts der Rekord-Teuerung haben viele Organisationen dringend Maßnahmen eingefordert, um die Menschen in Österreich zu entlasten. Das daraufhin von der Bundesregierung vorgelegte Anti-Teuerungspaket ist in seinem Gesamtvolumen und den darin vorgestellten Maßnahmen durchaus beachtlich. Eine positive Maßnahme, die langfristig wirkt, ist die Valorisierung der bisher noch nicht angepassten Sozialleistungen wie der Familienbeihilfe. Damit ist eine langjährige Forderung vieler Sozialorganisationen erfüllt, die dringend notwendig ist. Der zusätzliche Teuerungsbonus für besonders gefährdete Gruppen sowie die Verlängerung und Erhöhung des Projekts Wohnschirm sind positive Maßnahmen, ebenso wie die zusätzliche Familienbeihilfe im August und die Erhöhung des Kindermehrbetrags.

So begrüßenswert viele Elemente des Teuerungspakets auch sind – viele der Maßnahmen wirken nur einmalig, gehen nicht weit genug oder bringen besonders gefährdeten Gruppen kaum etwas.

- Die Familienbeihilfe etwa hat in den vergangenen Jahrzehnten massiv an Wert verloren: heute ist sie um etwa 30 Prozent weniger wert als im Jahr 2000. Das bedeutet, dass die Familienbeihilfe bei den null bis drei-Jährigen

---

<sup>1</sup> WKO, „Inflation in Österreich, VPI und Sonderindizes“, Mai 2022, [PreiKoOester.pdf \(wko.at\)](#)

<sup>2</sup> AK Wien, „Preisentwicklung von billigsten Produkten sowie von Markenprodukten im Lebensmittel- und Drogeriewarenhandel, April 2022

[https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/EinkaufundRecht/Preisentwicklung\\_April\\_2022.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/EinkaufundRecht/Preisentwicklung_April_2022.pdf)

bei 157 statt bei 114 Euro liegen müsste. Dieser Wertverlust wird durch die Valorisierung nicht ausgeglichen<sup>3</sup>.

- Obwohl Arbeitslose besonders stark von der Teuerung betroffen sind, schließt die Regierung eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und eine Valorisierung der Notstandshilfe bzw. des sog. Familienzuschlags zum Arbeitslosengeld von Valorisierung der Sozialleistungen aus. Der Familienzuschlag von 97 Cent pro Tag pro Kind wurde seit 2001 nicht mehr erhöht<sup>4</sup>. Gerade im Bereich der Arbeitslosenunterstützung besteht dringender Handlungsbedarf. Schon vor der Teuerungswelle waren für 6 von 10 Arbeitslose dringende Anschaffungen von 1300 Euro oder ein 1-wöchiger Urlaub nicht leistbar. 2 von 10 Arbeitslosen konnten sich warmen Wohnraum, regelmäßige, adäquate Mahlzeiten oder Kleidungsersatz nicht leisten<sup>5</sup>.
- Die Abschaffung der kalten Progression ist eine Maßnahme, von der vor allem höhere Einkommensschichten profitieren. Das unterste Fünftel hat fast gar nichts davon. Wer zu wenig verdient, um überhaupt Steuern zu zahlen, dem hilft eine Anhebung der Tarifstufen nichts. Und: Haushalte mit höherem Einkommen profitieren wesentlich stärker als jene mit niedrigen Einkommen. Im untersten Fünftel bringt die Abschaffung der Kalten Progression pro Kopf nur rund 60 Euro mehr, im obersten dafür aber 470 Euro pro Jahr<sup>6</sup>.

Insgesamt federt das Teuerungspaket die Kosten der Inflation zwar ab, bekämpft sie aber nicht in ihrem Ursprung. Das Paket enthält keine Maßnahme, um die Preise für Verbraucher\*innen zu senken. Zwar ist der Umfang des Pakets mit 28 Mrd. Euro beachtlich, doch die Frage nach der Gegenfinanzierung bleibt weitgehend offen.

Die Bunderegierung argumentiert, dass die Finanzierung über Konsum und Wachstum gewährleistet ist. Das bedeutet jedoch, dass vor allem das untere Einkommensdrittel, dessen Sparquote niedriger ist und das zusätzliche Geld für die Deckung des täglichen Bedarfs ausgeben wird, bei der Refinanzierung einen bedeutenden Beitrag leisten muss<sup>7</sup>. Währenddessen schlagen Energiekonzerne

---

<sup>3</sup> Momentum Institut, „Warum Sozialleistungen an die Teuerung angepasst werden sollten“, Jänner 2022

[Inflation: Warum Sozialleistungen an die Teuerung angepasst werden sollten \(moment.at\)](#)

<sup>4</sup> Momentum Institut, „Arbeitslosengeld durch Inflation bereits degressiv“, Juni 2022 [Arbeitslosengeld durch](#)

[Inflation bereits degressiv | Momentum Institut \(momentum-institut.at\)](#)

<sup>5</sup> Statistik Austria, „So geht’s uns heute“, Welle Q4/2021

<sup>6</sup> Momentum Institut, „Das Ende der kalten Progression ist nicht sinnvoll“, Juli 2022 [Das Ende der kalten](#)

[Progression ist nicht sinnvoll | Momentum Institut \(momentum-institut.at\)](#)

<sup>7</sup> Momentum Institut, „Wer die Teuerungspakete später (nicht) bezahlen wird“, Juni 2022 [Wer die](#)

[Teuerungspakete später \(nicht\) bezahlen wird | Momentum Institut \(momentum-institut.at\)](#)

enorme Gewinne aus der Krise, und die Reichen werden immer reicher: das Gesamtvermögen der Reichsten weltweit ist gegenüber 2020 um acht Prozent auf einen neuen Höchstwert von 86 Billionen US-Dollar angestiegen<sup>8</sup>.

Stattdessen braucht es ein Modell, das nicht auf den Schultern jener lastet, die ohnehin schon zu wenig haben, sondern durch die Reichsten finanziert wird. Es ist daher höchste Zeit, dass Gewinnabschöpfungen von Krisen-Profiteuren und vermögensbezogene Steuern eingeführt werden.

Es steht außer Frage, dass die Summe an Maßnahmen viele Menschen, die unter der Teuerung leiden, entlasten wird. Nichtsdestotrotz fehlt im Paket der Fokus auf akute und nachhaltige Armutsbekämpfung. Denn es sind vor allem die armutsbetroffenen und -gefährdeten Menschen und Kinder in diesem Land, die mehr Unterstützung und einen besseren Schutz gegen die Inflation brauchen.

## Forderungen der VH gegen die Teuerung

Aus Sicht der Volkshilfe braucht es sowohl ein Paket an sofortwirksamen, kurzfristigen, und an nachhaltigen, langfristigen Maßnahmen, um die Menschen vor der Teuerung zu schützen und Armut in Österreich zu bekämpfen.

### ***Kurzfristige Maßnahmen: fünf Forderungen für sofortige Entlastung besonders gefährdeter Gruppen.***

Überblick:

- Kostenlose Energieversorgung für Armutsbetroffene
- Erhöhung der Wohnbeihilfe
- Rücknahme der Mieterhöhungen
- Sondersteuer auf Profite der Mineralölkonzerne
- Wiederkehrende Direktzahlungen gegen hohe Lebensmittelpreise

### **Kostenlose Energieversorgung für Armutsbetroffene**

Armutsgefährdete Haushalte sind dreimal stärker von der Teuerung betroffen, als Haushalte mit höherem Einkommen. Für Menschen, die von Energiearmut betroffen sind, haben die gestiegenen Gas- und Strompreise besonders dramatische Folgen. Weil das Geld meist nicht für den Austausch der Heizung oder die Anschaffung moderner, energieeffizienter Elektrogeräte reicht, und die Wohnungen schlecht saniert sind, haben die Betroffenen oft besonders hohe Energieausgaben. Da es sich dabei um armutsgefährdete Haushalte mit geringen Einkommen handelt, können sie die Mehrkosten nicht alleine tragen.

---

<sup>8</sup> Zeit online, „Vermögende weltweit um acht Prozent reicher“, Juni 2022, [Reichtum: Vermögende weltweit um acht Prozent reicher | ZEIT ONLINE](#)

Einmalzahlungen alleine reichen nicht aus, um die Betroffenen zu unterstützen und auch vor künftigen Preisentwicklungen zu schützen. Die von der Regierung beschlossenen Direktzahlungen sind nicht ausreichend und wirken zu spät. Der Energiekostenausgleich von 150 Euro wird erst zu Jahresende wirksam, doch bis dahin wird die Inflation weiter rasant ansteigen.

Die Verwendung von Energie ist ein Grundbedürfnis und notwendige Voraussetzung zum Leben. Bei Kälte zu heizen oder Haushaltsgeräte zu verwenden darf kein Privileg sein, das an die vorhandenen, finanziellen Ressourcen gekoppelt ist. Es braucht daher eine neue gesetzliche Regelung, die das Grundrecht auf Energieversorgung sichert. Deshalb fordert die Volkshilfe eine dauerhafte, kostenlose Energieversorgung für Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Erwerbslose, Ausgleichszulagen-, Sozialhilfe- und Studienbeihilfebezieher\*innen sollen durch diese Maßnahme gezielt unterstützt werden.

## **Erhöhung Wohnbeihilfe**

Wohnen ist für Haushalte mit geringem Einkommen die größte Ausgabenkategorie. Beinahe die Hälfte ihres Einkommens geben Haushalte in der untersten Einkommensgruppe für Ernährung und Wohnen aus. Die Wohnkosten sind in den vergangenen Jahren konstant angestiegen und erreichen mit der derzeitigen Inflation neue Höchstwerte. Armutsgefährdete Menschen verfügen nicht über die Möglichkeit, die gestiegenen Kosten zu kompensieren. Bereits in den vergangenen Jahren waren die Wohnkosten eine der Hauptursachen für Armut in Österreich.

Die Wohnbeihilfe ist ein wichtiges Mittel, um einkommensschwache Haushalte bei der Bewältigung der Wohnkosten zu unterstützen. Doch vor allem durch die "neue" Sozialhilfe, die in Oberösterreich, Niederösterreich oder Salzburg bereits wirksam ist, kam es zu deutlichen Verschlechterungen bei der Möglichkeit, Wohnbeihilfe zu beziehen. Das zeigt eine Untersuchung der Armutskonferenz<sup>9</sup>. Die von der Bundesregierung präsentierte Anpassung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes bringt hier keine merklichen Verbesserungen. Die Wohnbeihilfe wird bei Sozialhilfebezug weiterhin abgezogen, zusätzlich ist die zu gering angesetzt, von Bundesland zu Bundesland verschieden und zu kompliziert ausgestaltet.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Werden Armutsgefährdete in der aktuellen Lage nicht zielgerichtet und ausreichend unterstützt, drohen Delogierungen und ein dramatischer Anstieg der Armut in Österreich. Eine Erhöhung der Wohnbeihilfe ist ein wichtiges Mittel um zu verhindern, dass Menschen aufgrund der aktuellen Teuerungen ihren Wohnort verlieren. Zur gezielten Entlastung von

---

<sup>9</sup> Die Armutskonferenz, „Die im Dunkeln sieht man nicht...“, 2022 <https://www.armutskonferenz.at/news/news-2022/sozialhilfestudie-hilfe-jetzt-langsam-und-weniger-effizient.html>

einkommensschwachen Haushalten fordert die Volkshilfe daher eine Erhöhung der Wohnbeihilfe.

## **Rücknahme der Mieterhöhungen**

Auch die Mieten werden durch die Inflation immer weiter in die Höhe getrieben. Mit April 2022 erfolgte eine Erhöhung der Richtwert-Mieten um 6 Prozent. Dabei sind die Mieten in den vergangenen Jahren bereits stark gestiegen: seit 2010 haben sie sich verdoppelt. Die Löhne wurden im selben Zeitraum hingegen nur um 23 Prozent erhöht<sup>10</sup>.

Während Wohnungseigentümer\*innen durch die zusätzlichen Mieteinnahmen satte Profite machen, zahlen Mieter\*innen wegen der aktuellen Teuerungen doppelt drauf: sie müssen nicht nur mehr für Energie, sondern auch mehr für die Miete bezahlen. Die Kostenbelastung steigt für die Betroffenen also enorm und immer mehr Menschen können sich die eigene Wohnung nicht mehr leisten.

## **Sondersteuer auf Profite der Mineralölkonzerne**

Mineralölkonzerne machen derzeit durch die hohen Spritpreise enorme Gewinne. Öl und Gas haben sich seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine verteuert, doch mittlerweile sind die Rohstoffpreise beinahe wieder auf Vorkriegsniveau. Die Konzerne kassieren aber weiterhin Zuschläge auf Benzin, Diesel und Heizöl. Mineralölkonzerne wie OMV, Shell und BP konnten seit Kriegsbeginn ein Plus von 79 Millionen Euro machen und somit enorme Profite aus dem Krieg in der Ukraine schlagen<sup>11</sup>. Um das zu verhindern braucht es eine Sondersteuer auf die Profite, die derzeit von den Unternehmen gemacht werden. Die zusätzlichen Staatseinnahmen müssen dazu genutzt werden, Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung zu finanzieren und besonders gefährdete Gruppen gezielt zu unterstützen.

Die Teuerung sorgt ohnehin bereits für viel zusätzliches Geld in den Staatskassen: bis zu 11 Mrd. Euro an Mehreinnahmen bringt die Inflation dem Budget in den Jahren 2022 und 2023<sup>12</sup>. Auch dieses Geld muss für Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen ausgegeben werden. Es muss dazu verwendet werden, das Leben von Menschen abzusichern, die durch die Teuerung in Existenznot geraten.

---

<sup>10</sup> Momentum Institut, „Hohe Mietpreise: Schnell eingreifen!“, April 2022, <https://www.momentum-institut.at/news/hohe-mietpreise-schnell-eingreifen>

<sup>11</sup> Momentum Institut, „Krieg? Inflation? So bereichern sich die Ölkonzerne.“, April 2022, <https://www.moment.at/story/inflation-krieg-oelkonzerne-gewinn>

<sup>12</sup> Wiener Zeitung, „Inflation bringt Budget Milliarden“, April 2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2144405-Inflation-bringt-Budget-Milliarden.html>

## **Wiederkehrende Direktzahlungen gegen hohe Lebensmittelpreise**

Durch die Inflation sind die Lebensmittelpreise dramatisch gestiegen. Grundnahrungsmittel wie Brot kosten mittlerweile um 8,2 Prozent mehr als im Vorjahr, Gemüse verteuerte sich um 9% Prozent. Einzelne Produkte unter den Grundnahrungsmitteln haben sich um mehr als das Doppelte verteuert: laut AK-Preismonitor ist Weizenmehl um 65%, Penne-Nudeln um 79% und Sonnenblumenöl um 125% teurer als noch vor einem Jahr<sup>13</sup>. Einkommensschwache Haushalte treffen diese Preissteigerungen besonders hart. Da ihre Haushaltseinkommen gering sind, müssen Armutsbetroffene und geringverdienende Haushalte einen sehr hohen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden.

Die im Entlastungspaket der Regierung beschlossenen 300 Euro für besonders gefährdete Gruppen sind zwar begrüßenswert, reichen aber angesichts der Preisentwicklungen nicht aus. Ab Herbst werden erneut dramatische Mehrkosten auf armutsgefährdete Haushalte zukommen, doch bis dahin ist von den 300 Euro Teuerungsbonus nichts mehr übrig. Menschen mit besonderem Bedarf brauchen wiederkehrende Unterstützung, um auch künftige finanzielle Herausforderungen zu stemmen. Direktzahlungen sind ein wichtiges Mittel, um schnell und unbürokratisch Abhilfe in Notsituationen zu schaffen. Ein weiterer 300 Euro Teuerungsausgleich für Erwerbslose, Ausgleichszulagen-, Sozialhilfe- und Studienbeihilfebezieher\*innen für den Herbst ist daher vonnöten.

Dennoch ist klar: Die Kosten der Teuerung für Haushalte, deren Einkommen vor allem aus Transferleistungen besteht, werden durch Einmalzahlungen nicht abgedeckt. Für untere Einkommensgruppen sind die Belastungen prozentuell am Haushaltseinkommen besonders hoch. Familien in der Mindestsicherung oder arbeitssuchende Menschen werden durch Einmalzahlungen nicht nachhaltig abgesichert. Im Sinne der Armutsbekämpfung und besseren sozialen Absicherung müssen Löhne und Sozialleistungen daher langfristig angehoben werden.

## **Langfristige Maßnahmen: fünf Forderungen für ein armutsfestes Sozialsystem**

### Überblick:

- Dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70%
- Erhöhung des Mindestlohns auf 1.750 Euro
- Verbesserungen in der Sozialhilfe

---

<sup>13</sup> AK Wien, „Preisentwicklung von billigsten Produkten sowie von Markenprodukten im Lebensmittel- und Drogeriewarenhandel, April 2022

[https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/EinkaufundRecht/Preisentwicklung\\_April\\_2022.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/EinkaufundRecht/Preisentwicklung_April_2022.pdf)

- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Erhöhung der Ausgleichszulage

## **Dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70%**

Erwerbslose Menschen zählen in Österreich zu jenen, die am meisten mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das gilt vor allem für jene, die langzeitarbeitslos sind. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt mit 990 Euro für Männer und 900 Euro für Frauen deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. Lange Erwerbslosigkeit führt beinahe automatisch zu Armut: 9 von 10 Langzeitarbeitslosen in Österreich sind armutsgefährdet<sup>14</sup>. Die Zahlen zeigen deutlich, dass 55% Nettoersatzrate nicht zum Überleben reichen. Bereits vor der Teuerung war es für Menschen mit geringen Einkommen nicht möglich, von nur etwas mehr als der Hälfte ihres Letzteinkommens zu leben. Durch die aktuelle Teuerung verschärft sich die finanzielle Notlage der Betroffenen dramatisch. Einmal mehr erhebt die Volkshilfe daher die Forderung, das Arbeitslosengeld dauerhaft auf 70% Nettoersatzrate anzuheben. Nur eine strukturelle Lösung wie diese kann die Existenz im Falle eines Jobverlusts absichern.

## **Erhöhung des Mindestlohns auf 1.750 Euro**

Neben Erwerbslosen befinden sich Niedrigverdiener\*innen und Erwerbstätige im Niedriglohnsegment am häufigsten in finanziellen Notlagen. Vor allem Jobs, die systemrelevant sind, und insbesondere während der Pandemie von essentieller Bedeutung waren, werden viel zu gering entlohnt. Im Bereich der Reinigung, des Einzelhandels oder der Pflege verdienen die Beschäftigten im Durchschnitt weniger als 1.500 Euro im Monat. Eine Reinigungskraft erhielt im Jahr 2021 beispielsweise monatlich im Schnitt nur 1.107 Euro<sup>15</sup>. Das ist zu wenig, um die enormen Preissteigerungen abfangen zu können. Dass Menschen, die uns durch die Pandemie getragen haben, so wenig verdienen und jetzt am Existenzminimum stehen, ist ein großes Unrecht. Daher fordert die Volkshilfe die rasche Erhöhung des Mindestlohns auf 1.750 Euro.

## **Lebenssicherung statt ungenügender Sozialhilfe**

Mit der Abschaffung der Mindestsicherung und der Einführung des neuen "Sozialhilfegesetzes" kam es zu dramatischen Verschlechterungen für Menschen in Notlagen, wie eine aktuelle Studie der Armutskonferenz zeigt. Besonders in

---

<sup>14</sup> Momentum Institut, „Arbeitslosengeld: Die meisten Arbeitslosen leben unter der Armutsgrenze“, August 2021  
<https://www.momentum-institut.at/news/arbeitslosengeld-die-meisten-arbeitslosen-leben-unter-der-armutsgrenze>

<sup>15</sup> Arbeit und Wirtschaft Blog, „Reinigung hat ihren Preis, die Beschäftigten ihren Wert“, Juni 2021,  
<https://awblog.at/reinigung-hat-ihren-preis/>

den Bereichen Wohnen und Gesundheit hat das neue System negative Folgen. Die "Sozialhilfe Neu" führte beispielsweise dazu, dass weniger oft Wohnbeihilfe ausbezahlt wird und Verfahren allgemein ineffizienter und komplizierter wurden. Kürzungen treffen vor allem Menschen, die ohnehin bereits zu vulnerablen Gruppen zählen: Personen mit Behinderungen, Frauen in Not oder Familien mit Kindern. Die neue Sozialhilfe hat die Situation genau derjenigen also verschlimmert, die sie eigentlich absichern sollte, und verfehlt somit ihren Zweck.

Um in Krisensituationen echten Schutz zu bieten, muss das System der Sozialhilfe dringend grundlegend reformiert werden. Die Verschlechterungen, welche die "Sozialhilfe NEU" mit sich gebracht hat, lediglich wieder rückgängig zu machen, ist aber zu wenig. Es braucht eine einheitliche, bundesgesetzliche Regelung, die unter anderem eine Erhöhung der Wohn- und Familienbeihilfe, eine Reformierung des Unterhaltsrechts sowie mehr kassenfinanzierte Therapieplätze beinhaltet.

## **Kindergrundsicherung**

Das Modellprojekt zur Kindergrundsicherung wurde erfolgreich abgeschlossen. Es zeigt, dass eine monatliche Unterstützung, gestaffelt nach Einkommen, weitreichende positive Folgen für das Kind und die Familie hat. Mit der Einführung der Kindergrundsicherung nach dem Modell der Volkshilfe kann Kinderarmut in Österreich abgeschafft werden. Das ist ein wichtiges Signal für die Zukunftschancen von Kindern. Wir durchbrechen die Weitergabe von Armut an die nächste Generation.

- ➔ Alle Infos zur Kindergrundsicherung finden Sie [hier](#)
- ➔ Unterstützen Sie unsere Petition zur Einführung der Kindergrundsicherung in Österreich. [Jetzt Unterschreiben!](#)

## **Erhöhung der Ausgleichszulage**

Ältere Menschen haben ein deutlich höheres Armutsgefährdungsrisiko als andere Teile der Bevölkerung. Das liegt vor allem an den geringen Pensionen, insbesondere von Frauen. Die Durchschnittspension einer Frau lag im Jahr 2020 bei 1.016 Euro und somit deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.371 monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt<sup>16</sup>. Angesichts der Inflation droht älteren Menschen ein noch höheres Armutsrisiko. Vor allem jene, mit besonders niedrigen Pensionen müssen besser abgesichert werden. Der Ausgleichszulagenrichtsatz ist derzeit mit 1.030 Euro für alleinstehende viel zu niedrig angesetzt. Die Volkshilfe fordert daher eine Erhöhung der Ausgleichszulage über das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle. Das wäre ein wichtiger erster Schritt in Richtung armutsfester Pensionsversicherung.

---

<sup>16</sup> Pensionsversicherungsanstalt 2020 [Statistische Daten der Pensionsversicherungsanstalt \(pv.at\)](#)